



VERTRAG

über die Durchführung der Straßenreinigung im Stadtgebiet der Stadt Herzberg am Harz

zwischen

Stadt Herzberg am Harz

Städtische Betriebe Herzberg am Harz, Eigenbetrieb Stadtreinigung
Juesholzstraße 2 A, 37412 Herzberg am Harz, vertreten durch den Bürgermeister

– nachfolgend „Auftraggeber“ –

und

[FIRMA DES AUFTRAGNEHMERS]

[Straße, Hausnummer]

[PLZ, Ort]

Vertreten durch: [VERTRETUNGSBERECHTIGTE PERSON]

– nachfolgend „Auftragnehmer“ –



Präambel	3
§ 1 Vertragsgegenstand.....	3
§ 2 Leistungsumfang und Leistungspflichten.....	4
§ 3 Vertragsgrundlagen und Rangfolge der Vertragsbestandteile	3
§ 4 Vertragslaufzeit und Kündigung	4
§ 5 Nebenleistungen und Nebenpflichten.....	5
§ 6 Vergütung und Zahlungsbedingungen.....	5
§ 7 Preisanpassung	6
§ 8 Abnahme	7
§ 9 Gewährleistung / Mängelrechte.....	7
§ 10 Haftung und Versicherung.....	8
§ 11 Vertragsstrafe	8
§ 12 Nachunternehmereinsatz	8
§ 13 Schlussbestimmungen	9



Präambel

Der Auftraggeber hat die maschinelle und manuelle Straßenreinigung im Stadtgebiet der Stadt Herzberg am Harz einschließlich der Kernstadt und der vier Ortsteile Lonau, Pöhlde, Scharzfeld und Sieber im Rahmen eines EU-weiten Vergabeverfahrens ausgeschrieben. Der Auftragnehmer hat im vorgenannten Vergabeverfahren das wirtschaftlichste Angebot abgegeben.

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit der Straßenreinigung (maschinelle Reinigung und Handreinigung) innerhalb der Gebietsgrenzen der Stadt Herzberg am Harz und ihrer vier Ortsteile Lonau, Pöhlde, Scharzfeld und Sieber.
- (2) Art und Umfang der Straßenreinigung richten sich nach der Leistungsbeschreibung (Anlage 1). Die Leistungsbeschreibung regelt insbesondere die Reinigungsklassen, Kehrverzeichnisse, Kehrflächen, technischen Anforderungen an die Kehrmaschinen, den Kehrrhythmus und die Reinigungszeiten.
- (3) Die Entsorgung des aufgenommenen Straßenkehrichts ist Bestandteil der Leistungspflicht des Auftragnehmers. Die Einzelheiten der Entsorgung ergeben sich aus Abschnitt 10 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).
- (4) Nicht Gegenstand dieses Vertrages sind der Winterdienst und die Restabfallbehälterentleerung.

§ 2 Vertragsgrundlagen und Rangfolge der Vertragsbestandteile

- (1) Vertragsbestandteile sind in nachfolgender Rangfolge:
 - a) Die Regelungen dieses Vertrages
 - b) Die Leistungsbeschreibung vom [...] (Anlage 1)
 - c) Die Besonderen Vertragsbedingungen gemäß §§ 13 bis 15 NTVergG (Anlage 3)
 - d) Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), Fassung 2003
 - e) Die Vorschriften des BGB, insbesondere das Werkvertragsrecht gemäß §§ 631 ff. BGB
 - f) Das Angebot des Auftragnehmers vom [...] (Anlage 2)
- (2) Der Vertrag unterliegt dem Werkvertragsrecht gemäß §§ 631 ff. BGB. Die VOL/B wird ergänzend einbezogen.



§ 3 Leistungsumfang und Leistungspflichten

- (1) Für die technischen Anforderungen an die einzusetzenden Kehrmaschinen, die Ausführung der Reinigung, den Kehrhythmus, die Reinigungszeiten sowie die Absperrung von Parkbuchten und Wendepunkten gelten die Abschnitte 3 bis 9 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).
- (2) Für die Anforderungen an das Personal, den sachkundigen Bevollmächtigten, das Servicetelefon und die Erreichbarkeit gelten die Abschnitte 6.1 bis 6.3 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).
- (3) Sämtliche in der Leistungsbeschreibung genannten Mehraufwände (insbesondere erhöhter Aufwand bei Blüte- und Laubzeit und Wildkrautbeseitigung) sind mit den Einheitspreisen abgegolten und werden nicht gesondert vergütet.

§ 4 Vertragslaufzeit und Kündigung

- (1) Der Vertrag beginnt am 01.01.2027 und wird zunächst für eine Grundlaufzeit von zwei Jahren bis zum 31.12.2028 geschlossen. Die Erstlaufzeit von sechs Monaten gilt als Probezeit innerhalb der der Auftraggeber ohne die Angabe von Gründen, den Vertrag kündigen kann. Der Vertrag verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn er nicht bis sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit vom Auftraggeber gekündigt wird. Der Vertrag endet spätestens am 31.12.2030, ohne dass es einer Kündigung bedarf (feste maximale Vertragslaufzeit von vier Jahren).
- (2) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (3) Ein wichtiger Grund zur außerordentlichen Kündigung durch den Auftraggeber liegt insbesondere vor, wenn:
 - a) der Auftragnehmer seine vertraglichen Pflichten trotz schriftlicher Abmahnung wiederholt oder schwerwiegend verletzt,
 - b) über das Vermögen des Auftragnehmers ein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird (vgl. § 8 Nr. 1 VOL/B),
 - c) der Auftragnehmer die Leistung ohne Zustimmung des Auftraggebers einstellt.
- (4) Die Kündigung bedarf der Schriftform.



§ 5 Nebenleistungen und Nebenpflichten

- (1) Der Straßenkehrriecht geht in das Eigentum des Auftragnehmers über. Für die Einzelheiten der Entsorgung, der Nachweispflichten und der Zwischenlagerung gilt Abschnitt 10 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).
- (2) Dem Auftragnehmer kann auf dem Gelände des Bauhofes (Pfungstanger 11, 37412 Herzberg am Harz) ein Lagerplatz für die Zwischenlagerung von Straßenkehrriecht sowie zum Abstellen von Kehrmaschinen zur Verfügung gestellt werden. Hierfür erhebt der Auftraggeber eine jährliche Pacht in Höhe von 1.000,00 € netto. Die Nutzung ist optional.
- (3) Die Wasserversorgung der Kehrmaschine kann über das Leitungsnetz der Städtischen Betriebe Herzberg am Harz erfolgen. Für die Einzelheiten (Entnahmewege, Kosten, Standrohrmiete) gilt Abschnitt 11 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1). Die Kosten für den Wasserverbrauch trägt der Auftragnehmer; sie sind in die Einheitspreise einzukalkulieren.
- (4) Der Auftragnehmer bestätigt, dass er über die erforderliche Transportgenehmigung für den Transport des Straßenkehrrichts zur Entsorgung verfügt.

§ 6 Vergütung und Zahlungsbedingungen

- (1) Die Vergütung erfolgt auf Basis der im Angebot des Auftragnehmers (Anlage 2) enthaltenen Einheitspreise zzgl. der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Abrechnung erfolgt nach tatsächlich erbrachter Leistung. Für die Abrechnungseinheiten und Nachweispflichten gilt Abschnitt 13 der Leistungsbeschreibung (Anlage 1).
- (2) Preisfestschreibung: Die Einheitspreise gemäß Anlage 2 sind für das erste Vertragsjahre (01.01.2027 bis 31.12.2027) fest vereinbart.
- (3) Die Vergütung wird monatlich abgerechnet. Der Auftragnehmer hat die Rechnung bis zum 15. eines jeden Monats für den Vormonat unter Beifügung der in der Leistungsbeschreibung (Anlage 1, Abschnitt 13) genannten Nachweise bei dem Auftraggeber einzureichen an: staedt.betriebe@herzberg.de.
- (4) Die Rechnungsbegleichung erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach Eingang einer prüffähigen Rechnung bei dem Auftraggeber (§ 17 Nr. 1 VOL/B).
- (5) Bei Eintritt von Schnee- und Frostwetter, das eine Straßenreinigung unmöglich macht, unterbleibt die Reinigung bis zur Wiederkehr normaler Straßenverhältnisse. Für die Zeit der witterungsbedingten Reinigungspause wird kein Entgelt gezahlt. Der Auftragnehmer unterrichtet den Auftraggeber unverzüglich über die Reinigungspause.



- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Überzahlungen dem Auftraggeber unverzüglich anzuzeigen und zurückzuerstatten.

§ 7 Preisanpassung

- (1) Nach dem Zeitraum der Preisbindung gemäß § 6 Abs. 2 können beide Vertragsparteien einmal jährlich eine Anpassung der vereinbarten Einheitspreise nach Maßgabe der folgenden Regelungen verlangen.
- (2) Preisanpassungen sind auf Grundlage der beim Auftraggeber hinterlegten Urkalkulation zu ermitteln. Der Auftragnehmer hat innerhalb von 14 Tagen nach Auftragserteilung die Urkalkulation beim Auftraggeber zu hinterlegen. Die Urkalkulation muss eine nachvollziehbare Aufschlüsselung der wesentlichen preisbildenden Kalkulationsbestandteile enthalten. Hierzu zählen mindestens die Personal- und Lohnnebenkosten, Treibstoff- und Energiekosten, Fahrzeug-, Wartungs- und Betriebskosten, Materialkosten, allgemeine Geschäfts- und Verwaltungskosten sowie etwaige Gewinn- und Risikozuschläge. Die Hinterlegung erfolgt wahlweise in einem verschlossenen und versiegelten Umschlag oder als passwortgeschützte PDF-Datei. Im Fall der digitalen Hinterlegung ist das Passwort in einem gesonderten verschlossenen Umschlag gleichzeitig mit der PDF-Datei beim Auftraggeber zu übergeben. Nach der erstmaligen Hinterlegung öffnen die Vertragsparteien die Urkalkulation gemeinsam, um die Erfüllung der vorstehend genannten Mindestanforderungen zu überprüfen. Sollte die Urkalkulation diesen Anforderungen nicht genügen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, binnen einer Frist von sieben Tagen eine überarbeitete Fassung beim Auftraggeber einzureichen. Dieses Verfahren wird von den Vertragsparteien so lange wiederholt, bis die Mindestanforderungen an die Urkalkulation vollständig erfüllt sind. Kommt der Auftragnehmer seiner Hinterlegungspflicht nicht nach, hat der Auftraggeber das Recht den Vertrag außerordentlich zu kündigen.
- (3) Das Anpassungsverlangen ist schriftlich geltend zu machen und zu begründen. Verlangt der Auftragnehmer eine Preisanpassung, hat er anhand der hinterlegten Urkalkulation darzulegen und nachzuweisen, welche konkreten Kostenpositionen sich in welchem Umfang verändert haben und welche Auswirkung dies auf den jeweiligen Einheitspreis hat. Verlangt der Auftraggeber eine Preisanpassung, hat er die ihm bekannten Tatsachen vorzutragen, die eine wesentliche Veränderung der Kostengrundlagen indizieren (z. B. Veränderungen einschlägiger Indizes des Statistischen Bundesamtes für Lohn-, Kraftstoff- oder Materialkosten).
- (4) Die hinterlegte Urkalkulation darf ausschließlich anlässlich eines Preisanpassungsverlangens nach Abs. 3 geöffnet werden. Die Öffnung erfolgt nach vorheriger schriftlicher Benachrichtigung der jeweils anderen Partei mit einer Ankündigungsfrist von mindestens fünf Werktagen und soll gemeinsam erfolgen.



Nimmt die benachrichtigte Partei trotz ordnungsgemäßer Benachrichtigung nicht teil, ist die andere Partei berechtigt, die Öffnung allein durchzuführen. Die Öffnung soll gemeinsam mit dem Auftragnehmer erfolgen. Nimmt der Auftragnehmer trotz ordnungsgemäßer Benachrichtigung nicht teil, ist der Auftraggeber berechtigt, die Öffnung ohne den Auftragnehmer durchzuführen. Über die Öffnung ist ein Protokoll zu erstellen. Nach erfolgter Prüfung ist die Urkalkulation wieder zu verschließen; im Fall der digitalen Hinterlegung hat der Auftragnehmer ein neues Passwort zu vergeben und dieses dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

- (5) Verlangt der Auftraggeber eine Preisanpassung, hat der Auftragnehmer nach Öffnung der Urkalkulation binnen 20 Werktagen anhand der Urkalkulation darzulegen, in welchem Umfang sich die maßgeblichen Kostenpositionen verändert haben, hinsichtlich der der Auftraggeber nach der Öffnung der Urkalkulation eine Anpassung verlangt. Verweigert oder unterlässt der Auftragnehmer die Mitwirkung, ist der Auftraggeber berechtigt, die Anpassung z.B. anhand der einschlägigen Indizes des Statistischen Bundesamtes zu schätzen.
- (6) Eine Preisanpassung kann nur in dem Umfang verlangt werden, der sich aus dem Nachweis nach Abs. 3 und 5 ergibt. Nicht nachgewiesene Kostenveränderungen bleiben unberücksichtigt.
- (7) Der angepasste Preis gilt ab dem ersten Tag des Kalendermonats, der auf den Zugang des schriftlichen Anpassungsverlangens folgt.
- (8) Die in der Urkalkulation enthaltenen Informationen sind vertraulich zu behandeln und dürfen ausschließlich zum Zweck der Preisanpassungsprüfung verwendet werden. Der Auftraggeber verwahrt die Urkalkulation für die Dauer der Vertragslaufzeit. Nach dem Ende des Vertrages ist die Urkalkulation dem Auftragnehmer auf Verlangen zurückzugeben oder das PDF-Dokument zu löschen.

§ 8 Abnahme

- (1) Hinsichtlich der von dem Auftragnehmer erbrachten Reinigungsleistungen findet § 648 BGB Anwendung.
- (2) Der Auftraggeber kann die erbrachten Leistungen jederzeit kontrollieren. Beanstandungen sind dem Auftragnehmer unverzüglich mitzuteilen.

§ 9 Gewährleistung / Mängelrechte

- (1) Es gelten die §§ 634 ff. BGB vorrangig vor § 14 VOL/B. Hinsichtlich des Mängelbegriffs gilt § 633 BGB.



§ 10 Haftung und Versicherung

- (1) Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die dem Auftraggeber oder Dritten durch die Leistungserbringung entstehen, nach den gesetzlichen Vorschriften.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die Dauer der Vertragslaufzeit eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen je Schadensfall aufrechtzuerhalten:
 - Personenschäden: 2.000.000 €
 - Sachschäden: 1.000.000 €
 - Vermögensschäden: 1.000.000 €
- (3) Der Nachweis über den Versicherungsschutz ist dem Auftraggeber vor Leistungsbeginn und danach jederzeit auf Anforderung des Auftraggebers vorzulegen.
- (4) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die aus einer mangelhaften oder nicht vertragsgemäßen Leistungserbringung resultieren.

§ 11 Vertragsstrafe

- (1) Erbringt der Auftragnehmer die geschuldete Reinigungsleistung ganz oder teilweise nicht, nicht fristgerecht oder nicht vertragsgemäß, ist der Auftraggeber berechtigt, für jeden Fall der Schlechtleistung eine Vertragsstrafe in Höhe von 500 EUR je Verstoß.
- (2) Die Vertragsstrafe pro Vertragsjahr ist auf insgesamt 5 % der in diesem Jahr tatsächlich gezahlten Nettoauftragssumme begrenzt.
- (3) Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche, insbesondere die Kosten einer Ersatzvornahme, bleiben davon unberührt. Gezahlte Vertragsstrafen werden auf Schadensersatzansprüche angerechnet (§ 341 Abs. 2 BGB).
- (4) Der Auftraggeber ist berechtigt, bei wiederholter oder schwerwiegender Schlechtleistung nach vorheriger schriftlicher Abmahnung den Vertrag aus wichtigem Grund gemäß § 4 Abs. 2 zu kündigen.

§ 12 Nachunternehmereinsatz

- (1) Der Einsatz von Nachunternehmern bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers (§ 4 Nr. 4 VOL/B).



- (2) Der Auftragnehmer hat bei Einsatz von Nachunternehmern sicherzustellen, dass diese die vertraglichen Anforderungen in gleichem Umfang einhalten. Der Auftragnehmer haftet für das Verschulden seiner Nachunternehmer wie für eigenes Verschulden.

§ 13 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.
- (2) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht. Die Parteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt (salvatorische Klausel).
- (3) Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- (4) Streitfälle berechtigen den Auftragnehmer nicht, die übertragenen Leistungen einzustellen, wenn der Auftraggeber erklärt, dass aus Gründen besonderen öffentlichen Interesses eine Fortführung der Leistung geboten ist (§ 19 Nr. 3 VOL/B).

Unterschriften

Herzberg am Harz, den _____

Für den Auftraggeber:

Stadt Herzberg am Harz

Städtische Betriebe Herzberg am Harz, Eigenbetrieb Stadtreinigung

[Name, Funktion]

_____, den _____

Für den Auftragnehmer:

[FIRMA DES AUFTRAGNEHMERS]

[Name, Funktion]



Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung vom [...]
- Anlage 2: Musterregelungen zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben der §§ 13 bis 15 NTVergG
- Anlage 3: Angebot des Auftragnehmers vom [DATUM]